

Frau
Oberbürgermeisterin
Beate Wilding
Rathaus Remscheid

Datum, 28.05.09

Resolution der Stadt Remscheid zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding,

hiermit beantragen die im Antrag aufgeführten Organisationen, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen und einen entsprechenden Beschluss zu fassen:

Antrag:

Die Altfallregelung für geduldete Flüchtlinge muss über den 31.12.2009 hinaus verlängert und verbessert werden!

- Der Rat der Stadt Remscheid spricht sich gemeinsam mit dem Arbeitskreis Asyl Remscheid, den beiden großen Kirchen und den in Remscheid tätigen Wohlfahrtsverbänden für eine Verlängerung der Frist für die gesetzliche Altfallregelung nach § 104 a und 104 b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) aus.
- Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen so korrigiert werden, dass sie der wirtschaftlichen Gesamtsituation Rechnung tragen. Für ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Personen müssen darüber hinaus humanitäre Aspekte berücksichtigt und kurzfristige Lösungen gefunden werden.
- Darüber hinaus ist es wichtig, dass es unabhängig von einem Stichtag eine für alle langjährig Geduldeten geltende humanitäre Bleiberechtsregelung gibt.
- Der Rat der Stadt Remscheid appelliert daher an die Landes- und Bundesregierung sowie an alle politisch Verantwortlichen im Bundestag und im Landtag NRW sich für eine qualifizierte Verlängerung der gesetzlichen Altfallregelung einzusetzen.

Begründung:

Die im Sommer 2007 beschlossene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge sollte die sogenannten "Kettenduldungen" abschaffen und den tausenden AusländerInnen, die seit vielen Jahren bei uns leben, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geben. Nun läuft zum 31.12. 2009 die Frist der überwiegend auf Probe erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus. Bis dahin sollen die AntragstellerInnen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern können. Gelingt dieser Nachweis nicht, verlieren sie ihren Aufenthaltstatus und fallen wieder in den Status der Duldung zurück.


Schon jetzt zeichnet sich ab, dass aus Gründen, die die Betroffenen nicht zu vertreten haben, die meisten der potentiell Begünstigten diese Anforderungen nicht erfüllen können. Zum einen aufgrund der hohen Einkommensgrenzen, zum anderen aufgrund der verschärften Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus können ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Menschen die Anforderungen überhaupt nicht erfüllen. Für diese Personengruppe müssen humanitäre Kriterien eingefügt werden, um ihnen eine faire Chance zu bieten.

In Remscheid haben ca. 70 Personen (Stand Mai 2009) eine sogenannte 'Aufenthaltserlaubnis auf Probe' erhalten. Diese Personen haben bei der derzeitigen regionalen Wirtschaftslage große Probleme eine dauerhafte und unterhaltssichernde Arbeitsstelle zu finden. Um diesen Menschen und ihren Anstrengungen gerecht zu werden muss daher die Frist verlängert werden und die Rahmenbedingungen der Altfallregelung verbessert werden.

Auch die Ausländerbehörde darf nicht bis zum Ende des Jahres im Ungewissen gelassen werden. Eine Abschiebung der verbleibenden Geduldeten wird in vielen Fällen weder aus rechtlichen, noch aus humanitären Gründen möglich sein.

Darüber hinaus ist es notwendig eine dauerhafte Bleiberechtsregelung einzuführen. Denn die Altfallproblematik ist kein einmaliges Phänomen. Auch heute gibt es Familien die bereits sechs oder mehr Jahren in Deutschland leben und die aufgrund des Stichtages 01.07.2007 nicht unter die Bleiberechtsregelung gefallen sind. Hier muss schnellstmöglich eine humane Regelung gefunden werden, um zukünftig jahrelange Duldungen und damit das Leben in Perspektivlosigkeit zu vermeiden.

Es muss daher schnell eine Lösung gefunden werden, die der Absicht der Bleiberechtsregelung gerecht wird und vielen langjährig hier lebenden Flüchtlingen eine sichere Perspektive bietet.




B. Zirbes
AK Asyl Remscheid



R. Morteln
AG Wohlfahrt



Th. Kaster
Stadtdechant



H. Demski
Superintendent